



Pressemitteilung Nr. 16-156
vom 07.05.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Landesregierung setzt Zeichen gegen Integration

Die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, am (heutigen) Freitag im Bundesrat gegen die Initiative der Bundesländer Berlin, Bremen und Brandenburg zur Abschaffung des Optionszwangs bei „Doppelstaatlern“ zu stimmen, wird von der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag scharf verurteilt. „Das Abstimmungsverhalten ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Berufung von Frau Özkan zur Sozial- und Integrationsministerin lediglich ein Marketing-Coup des Ministerpräsidenten war“, sagte Klaus-Peter Bachmann, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Freitag in Hannover.

Obwohl viele Fachleute es als Integrationshemmnis betrachteten, wenn in Deutschland aufgewachsene Jugendliche mit Migrationshintergrund sich mit dem 18. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssten, sei die Landesregierung für die Beibehaltung dieser Regelung. Vertreten wurde das Land Niedersachsen im Bundesrat in dieser Frage bezeichnenderweise durch Innenminister Schünemann.

„Von Frau Ministerin Özkan hat man in diesem Zusammenhang nichts gehört. Die Linien in der Integrationspolitik werden offensichtlich weiterhin von Herrn Schünemann bestimmt, Frau Özkan dient als Aushängeschild. Für mich wird hier zum ersten Mal deutlich, dass sie in der Integrationspolitik der Landesregierung entweder keine eigene Meinung hat, oder - wenn doch - sie nicht äußern darf, oder sogar den Ansichten Schünemanns folgt. Das Ergebnis ist jeweils dasselbe: Die bisherige Politik der Landesregierung wird nahtlos fortgesetzt“, analysierte Bachmann.

Auf wirkliche Veränderungen in der Integrationspolitik warte er bislang jedenfalls vergeblich. Vielleicht werde die Integrationsministerin wenigstens im nächsten Plenum das Wort ergreifen, wenn seine Fraktion den Optionszwang auch zum Thema im Plenum machen werde, so der SPD-Politiker.